

Antrag 57/I/2026**FA I - Internationale Politik, Frieden und Entwicklung****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****“Stärke des Rechts” anstatt “Recht des Stärkeren”:**

1 **für eine unmissverständliche Positionierung der Bundes-**
 2 **republik Deutschland als Verteidigerin einer völkerrechts-**
 3 **gebundenen internationalen Politik**

4
 5 Wir bekräftigen die Verpflichtung zu einer internationa-
 6 len Ordnung, die auf dem Völkerrecht, insbesondere auf
 7 der Charta der Vereinten Nationen, beruht. Eine regelba-
 8 sierte internationale Ordnung kann nur Bestand haben,
 9 wenn völkerrechtliche Normen universell gelten und un-
 10 abhängig von politischen Bündnissen oder strategischen
 11 Interessen angewandt werden.

12 Wir fordern den Landesparteitag der SPD Berlin sowie den
 13 Bundesparteivorstand der SPD zur Umsetzung der folgen-
 14 den Punkte auf:

- 15 1. Hinwirken auf eine eindeutige Positionierung der
 16 deutschen Bundesregierung hinsichtlich des völker-
 17 rechtswidrigen Vorgehens der USA ggü. Venezue-
 18 la, einschl. klarer Benennung der Missachtung des
 19 Gewaltverbots und der Staatensouveränität. Diese
 20 Positionierung sollte nach Möglichkeit im Verbund
 21 mit anderen gleichgesinnten Staaten wie Frank-
 22 reich, Spanien und Venezuelas Nachbarstaaten er-
 23 folgen.
- 24 2. Hinwirken auf eine klare völkerrechtliche Positionie-
 25 rung der Bundesregierung zum militärischen Vorge-
 26 hen der USA und Israels gegenüber Iran sowie der
 27 Reaktionen des Iran gegen die Golfstaaten, einschl.
 28 klarer Benennung der Missachtung des Gewaltver-
 29 bots der UN-Charta und Verstöße gegen das huma-
 30 nitäre Völkerrecht. Diese Positionierung sollte nach
 31 Möglichkeit im Verbund mit anderen gleichgesinn-
 32 ten Staaten wie Frankreich, Spanien, Kanada und
 33 Großbritannien erfolgen.
- 34 3. Schutz von Zivilbevölkerung und politisch Verfolg-
 35 ten aufrichtig voranstellen: Die in dieser Legisla-
 36 turperiode eingeführte Suspendierung humanitä-
 37 rer Visa nach § 22 AufenthG ist aufzuheben und
 38 die Vergabe dieser Visa unverzüglich wieder aufzu-
 39 nehmen. Zugleich sind die deutschen Resettlement-
 40 Zusagen gegenüber dem UNHCR deutlich auszu-
 41 weiten, insbesondere für Schutzsuchende aus von
 42 den jüngsten Eskalationen besonders betroffenen
 43 Regionen wie Iran, Irak, Libanon und Syrien. Darüber
 44 hinaus wird die Bundesregierung aufgefordert, wei-
 45 tere konkrete Maßnahmen zu prüfen und umzuset-
 46 zen, um die iranische Zivilbevölkerung in ihrem Ein-
 47 satz für Freiheit, Menschenrechte und demokrati-

Empfehlung der Antragskommission**Annahme in der Fassung der AK (Konsens)**

für eine unmissverständliche Positionierung der Bundes-
republik Deutschland als Verteidigerin einer völkerrechts-
gebundenen internationalen Politik

Wir bekräftigen die Verpflichtung zu einer internationa-
 len Ordnung, die auf dem Völkerrecht, insbesondere auf
 der Charta der Vereinten Nationen, beruht. Eine regelba-
 sierte internationale Ordnung kann nur Bestand haben,
 wenn völkerrechtliche Normen universell gelten und un-
 abhängig von politischen Bündnissen oder strategischen
 Interessen angewandt werden.

Wir fordern den Landesparteitag der SPD Berlin sowie den
 Bundesparteivorstand der SPD zur Umsetzung der folgen-
 den Punkte auf:

1. Hinwirken auf eine eindeutige Positionierung der
 deutschen Bundesregierung hinsichtlich des völker-
 rechtswidrigen Vorgehens der USA ggü. Venezue-
 la, einschl. klarer Benennung der Missachtung des
 Gewaltverbots und der Staatensouveränität. Diese
 Positionierung sollte nach Möglichkeit im Verbund
 mit anderen gleichgesinnten Staaten wie Frank-
 reich, Spanien und Venezuelas Nachbarstaaten er-
 folgen.
2. Hinwirken auf eine klare völkerrechtliche Positionie-
 rung der Bundesregierung zum militärischen Vorge-
 hen der USA und Israels gegenüber Iran sowie der
 Reaktionen des Iran gegen die Golfstaaten, einschl.
 klarer Benennung der Missachtung des Gewaltver-
 bots der UN-Charta und Verstöße gegen das huma-
 nitäre Völkerrecht. Diese Positionierung sollte nach
 Möglichkeit im Verbund mit anderen gleichgesinn-
 ten Staaten wie Frankreich, Spanien, Kanada und
 Großbritannien erfolgen.
3. Schutz von Zivilbevölkerung und politisch Verfolg-
 ten aufrichtig voranstellen: Die in dieser Legisla-
 turperiode eingeführte Suspendierung humanitä-
 rer Visa nach § 22 AufenthG ist aufzuheben und
 die Vergabe dieser Visa unverzüglich wieder aufzu-
 nehmen. Zugleich sind die deutschen Resettlement-
 Zusagen gegenüber dem UNHCR deutlich auszu-
 weiten, insbesondere für Schutzsuchende aus von
 den jüngsten Eskalationen besonders betroffenen
 Regionen wie Iran, Irak, Libanon und Syrien. Darüber
 hinaus wird die Bundesregierung aufgefordert, wei-
 tere konkrete Maßnahmen zu prüfen und umzuset-
 zen, um die iranische Zivilbevölkerung in ihrem Ein-
 satz für Freiheit, Menschenrechte und demokrati-
 sche Selbstbestimmung wirksam zu unterstützen.

- 48 sche Selbstbestimmung wirksam zu unterstützen.
- 49 4. In begründeten Verdachtsfällen von Völkerrechts-
- 50 verstößen auch durch strategische Partner wie die
- 51 USA sind nach zügiger völkerrechtlicher Prüfung
- 52 auf mögliche Brüche des (humanitären) Völker-
- 53 rechts jeglicher Unterstützungsleistungen unver-
- 54 züglich einzustellen, einschl. durch Datenübertra-
- 55 gungen und Überflugrechten über die Airbase Ram-
- 56 stein.
- 57 5. Angesichts wiederholter Handlungen und politi-
- 58 scher Positionierungen der USA, die grundlegende
- 59 Normen und Institutionen des Völkerrechts miss-
- 60 achten, fordern wir eine Initiative zur Bildung einer
- 61 globalen Allianz im Rahmen der Vereinten Natio-
- 62 nen zur Verteidigung des Völkerrechts. Ziel ist die
- 63 Zusammenarbeit mit gleichgesinnten Staaten, ins-
- 64 besondere auch mit Staaten des Globalen Südens,
- 65 um gemeinsame Maßnahmen zum Schutz und zur
- 66 Reform völkerrechtlicher und völkerstrafrechtlicher
- 67 Institutionen sowie zum Schutz ihrer Mitarbeiterin-
- 68 nen und Mitarbeiter zu entwickeln. Darüber hin-
- 69 aus sollen weitere Schritte zur Stärkung des Völker-
- 70 rechts, zu seiner kohärenten und universalen An-
- 71 wendung durch alle Mitgliedstaaten sowie zu wirk-
- 72 samen Konsequenzen bei Rechtsbrüchen erarbeitet
- 73 werden. Dies schließt auch eine Prüfung der völ-
- 74 kerrechtlichen Positionierung Deutschlands ein, um
- 75 mögliche Widersprüche auszuräumen. Bei vermuteten
- 76 oder offensichtlichen Verstößen gegen das Völ-
- 77 kerrecht muss die Bundesregierung, möglichst auch
- 78 zusammen mit anderen Ländern, konsequent die
- 79 zuständigen Gerichtshöfe anrufen, um die Völker-
- 80 rechtskonformität zu überprüfen.
- 81 6. Angesichts der offenen Relativierung des Völker-
- 82 rechts durch politische Akteure und Medien in
- 83 Deutschland: eine proaktivere Befassung und öf-
- 84 fentliche Kommunikation mit und von völkerrecht-
- 85 lichen Normen, Verträgen sowie den sich daraus er-
- 86 gebenden verfassungsrechtlichen Pflichten für die
- 87 Bundesregierung durch SPD-Politiker*innen. Dabei
- 88 sollte vermittelt werden, dass die Achtung des Völ-
- 89 kerrechts die Grundlage dafür bietet, dass dies in Zu-
- 90 kunft auch von anderen Staaten eingefordert wer-
- 91 den kann (bspw. in Bezug auf Ukraine und Grönland)
- 92 und daher zentrales Interesse deutscher Außenpo-
- 93 litik ist. Zudem sollte eine strategische Ausein-
- 94 andersetzung und Erarbeitung einer klaren Haltung zu
- 95 den Konzepten "humanitäre Intervention" und "Re-
- 96 sponsibility to Protect" und ihrer etwaigen Anwen-
- 97 dung beinhalten. „Es sollte betont werden, dass die-
- 98 se nicht auf die Angriffe auf Iran zutreffen. Der Krieg
- 99 birgt hohe Risiken für die Zivilbevölkerungen im Iran
- 100 und der Region.“
4. In begründeten Verdachtsfällen von Völkerrechts-
- verstößen auch durch strategische Partner wie die
- USA sind nach zügiger völkerrechtlicher Prüfung
- auf mögliche Brüche des (humanitären) Völker-
- rechts jeglicher Unterstützungsleistungen unver-
- züglich einzustellen, einschl. durch Datenübertra-
- gungen und Überflugrechten über die Airbase Ram-
- stein.
5. Angesichts wiederholter Handlungen und politi-
- scher Positionierungen der USA, die grundlegende
- Normen und Institutionen des Völkerrechts miss-
- achten, fordern wir eine Initiative zur Bildung einer
- globalen Allianz im Rahmen der Vereinten Natio-
- nen zur Verteidigung des Völkerrechts. Ziel ist die
- Zusammenarbeit mit gleichgesinnten Staaten, ins-
- besondere auch mit Staaten des Globalen Südens,
- um gemeinsame Maßnahmen zum Schutz und zur
- Reform völkerrechtlicher und völkerstrafrechtlicher
- Institutionen sowie zum Schutz ihrer Mitarbeiterin-
- nen und Mitarbeiter zu entwickeln. Darüber hin-
- aus sollen weitere Schritte zur Stärkung des Völker-
- rechts, zu seiner kohärenten und universalen An-
- wendung durch alle Mitgliedstaaten sowie zu wirk-
- samen Konsequenzen bei Rechtsbrüchen erarbeitet
- werden. Dies schließt auch eine Prüfung der völ-
- kerrechtlichen Positionierung Deutschlands ein, um
- mögliche Widersprüche auszuräumen. Bei vermuteten
- oder offensichtlichen Verstößen gegen das Völ-
- kerrecht muss die Bundesregierung, möglichst auch
- zusammen mit anderen Ländern, konsequent die
- zuständigen Gerichtshöfe anrufen, um die Völker-
- rechtskonformität zu überprüfen.
6. Angesichts der offenen Relativierung des Völker-
- rechts durch politische Akteure und Medien in
- Deutschland: eine proaktivere Befassung und öf-
- fentliche Kommunikation mit und von völkerrecht-
- lichen Normen, Verträgen sowie den sich daraus er-
- gebenden verfassungsrechtlichen Pflichten für die
- Bundesregierung durch SPD-Politiker*innen. Dabei
- sollte vermittelt werden, dass die Achtung des Völ-
- kerrechts die Grundlage dafür bietet, dass dies in Zu-
- kunft auch von anderen Staaten eingefordert wer-
- den kann (bspw. in Bezug auf Ukraine und Grönland)
- und daher zentrales Interesse deutscher Außenpo-
- litik ist. Zudem sollte eine strategische Ausein-
- dersetzung und Erarbeitung einer klaren Haltung zu
- den Konzepten "humanitäre Intervention" und "Re-
- sponsibility to Protect" und ihrer etwaigen Anwen-
- dung beinhalten. „Es sollte betont werden, dass die-
- se nicht auf die Angriffe auf Iran zutreffen. Der Krieg
- birgt hohe Risiken für die Zivilbevölkerungen im Iran
- und der Region.“
7. Auch im Kontext der aktuellen Regime-Change-

101
102
103 **Begründung**
104
105
106
107
108
109
110
111
112
113
114
115
116
117
118
119
120
121
122
123
124
125
126
127
128
129
130
131
132
133
134
135
136
137
138
139
140
141
142
143
144
145
146
147
148
149
150
151
152
153

Begründung

Mit der Vermeidung einer öffentlichen völkerrechtlichen Bewertung der am 3. Januar 2026 erfolgten militärischen US-Intervention in Venezuela sowie des seit dem 28. Februar andauernden Kriegs gegen Iran trägt die Bundesregierung faktisch zur Normalisierung internationaler Rechtsbrüche bei, sofern diese durch Partner erfolgen. Eine solche selektive Zurückhaltung schwächt die internationale Glaubwürdigkeit völkerrechtlicher Normen und begünstigt eine Entwicklung, in der machtpolitische Interessen zunehmend über rechtliche Bindungen gestellt werden.

Das in Art. 2 Abs. 4 der Charta der Vereinten Nationen verankerte Verbot der Androhung und Anwendung militärischer Gewalt bildet das normative Fundament der internationalen Ordnung nach 1945. Wird dieses Prinzip relativiert oder nur selektiv verteidigt, droht eine schleichende Erosion der regelbasierten internationalen Ordnung zugunsten eines Systems, in dem letztlich das Recht des Stärkeren gilt.

Gerade Deutschland kommt hier eine besondere Verantwortung zu. Nach Art. 25 des GG sind die allgemeinen Regeln des Völkerrechts Bestandteil des Bundesrechts. Daraus folgt die Pflicht, völkerrechtliche Normen konsequent zu verteidigen, ihre universelle Anwendung einzufordern und gemeinsam mit unseren europäischen Partnern sowie im multilateralen Rahmen für ihre Stärkung einzutreten.

Debatte ist eine klare Positionierung notwendig, die das völkerrechtswidrige Vorgehen der USA und Israels ablehnt und zugleich die systematische Gewalt und Repression der iranischen Diktatur gegen die eigene Bevölkerung seit Januar 2026, infolge derer Schätzungen zufolge mehrere zehntausend Menschenleben gefordert wurden, unmissverständlich verurteilt und die Stärkung von Zivilgesellschaft und demokratischer Opposition in den Mittelpunkt stellt.

8. Die Bundesregierung wird aufgefordert, ressortübergreifend eine internationale strategische Planungsgruppe unter Einbeziehung bestehender Instrumente des Welternährungsprogramms der Vereinten Nationen (WFP) sowie der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) und weiterer internationaler Strukturen einzurichten und strategisch auszubauen, um die außenpolitische Handlungsfähigkeit Deutschlands und der EU angesichts der absehbaren Folgen des Konflikts auf das Welternährungssystem, insbesondere durch Preissteigerungen und die Verknappung von Düngemitteln, sowie der entstehenden humanitären Folgen des Konflikts vorausschauend zu stärken.
9. Wir wollen auf eine klare Positionierung der Bundesregierung im Rahmen der laufenden Haushaltsberatungen der EU zum Mehrjährigen Finanzrahmen 2028 bis 2034 (MFR) mit dem Ziel einer deutlichen Stärkung der humanitären Hilfe, Krisenprävention und Stabilisierung in betroffenen Regionen in der Haushaltspolitik „Global Europe“ hinwirken. Hierfür soll sich die Bundesregierung im Rahmen der laufenden MFR-Verhandlungen für zusätzliche Eigenmittel einsetzen und ihre ablehnende Haltung gegenüber Instrumenten der gemeinsamen Kreditaufnahme und Eurobonds, auch außerhalb des Verteidigungsbereichs, überprüfen. Der Schutz des Völkerrechts erfordert neben militärischen Fähigkeiten ebenso gezielte Investitionen in humanitäre Hilfe, Krisenprävention und die Stabilisierung betroffener Regionen.
10. Der Schutz des Völkerrechts nach außen muss sich glaubwürdig im Schutz der Menschenwürde nach innen widerspiegeln, insbesondere für Menschen, die aus Kriegsgebieten fliehen müssen. Zu diesem Zweck sollen in Berlin und weiteren Bundesländern mit SPD-Regierungsbeteiligung gezielt Landesaufnahmeprogramme für Angehörige von in Deutschland lebenden Personen aus den durch den Konflikt betroffenen Regionen, u. a. Iranerinnen und Iraner, Libanesinnen und Libanesen sowie Irakerinnen und Iraker, geschaffen werden.

154
155
156
157
158
159
160
161

Die Bundesregierung und die Regierungsfractionen im Bundestag werden aufgefordert, im Rahmen der Haushaltsberatungen zum Bundeshaushalt ausreichend Mittel bereitzustellen, um Länder und Kommunen bei der Unterbringung, Versorgung und Integration von Schutzsuchenden nachhaltig zu unterstützen und damit einen geordneten Zuzug sowie eine funktionierende Aufnahme- und Willkommensinfrastruktur sicherzustellen.